Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in unserer Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zutragung durch die Boten 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. zuzüglich Abtragegebühr. Postbezugspreis laut Aufdruck. Die Postanstalten, Träger und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Einzelnummern kostenen 10 Pf. Postboten und unsere Austräger nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreis: die 5gespaltene Raumzeile 20 Goldpfennig, die 3gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im örtlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Nossen

Nr. 42. 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden Postscheck: Dresden 2640 Donnerstag, 19. Februar 1925

Rumänische Anmaßung.

Der seit einiger Zeit laufende, lediglich durch unberechtigte Forderungen Rumäniens entstandene Konflikt zwischen diesem Lande und Deutschland hat sich ungemein infolge brutaler Willkürhandlungen Rumäniens verschärft.

Täglich kommen Reichsdeutsche aus Rumänien über die ungarische Grenze. Man hat sie ausgewiesen mit der Begründung: Maßnahmen gegen Deutschland. Die meisten der Ausgewiesenen sind lange in Rumänien ansässig, haben sich dort mit einheimischen Frauen verheiratet, Familien gegründet und Geschäfte errichtet.

Sie werden rücksichtslos von ihren Familien getrennt, nachts aus dem Bett geholt, eingesperrt und in wenigen Stunden an die ungarische Grenze geschafft. Vorher werden ihnen Ausweispapiere und Geldmittel fortgenommen. Man geht darauf aus, ihnen auch in Ungarn Schwierigkeiten zu bereiten.

Die rumänische Regierung hat Verzeichnisse der deutschen Vermögenswerte in Rumänien anfertigen lassen, die beschlagnahmt werden sollen, falls Deutschland den rumänischen Erpressungen nicht nachgibt. Es soll auch geplant sein, daß die diplomatischen Vertreter für den Fall, daß Deutschland nicht willfährig ist, abberufen werden sollen. Die geplanten Maßnahmen sollen die zwei größten deutschen Niederlassungen in Rumänien, die A. E. G. und die Siemens-Schuckert-Werke, veranlaßt haben, Vorbereitungen zwecks Überganges der Unternehmungen in rumänische Hände zu treffen.

Bestätigen sich alle diese Nachrichten, so ist es wirklich an der Zeit, nunmehr auch in Deutschland ein ernstes Wort dazu zu sprechen. Als Protest gegen die Willkürmaßnahmen der rumänischen Regierung wurde bereits an der Berliner Dienstagbörse keine Notierung von Auszahlung Bukarest und von rumänischen Noten vorgenommen.

*

Wer je in Rumänien war, weiß, daß man am Rumänen nicht allzulange zu kratzen braucht, bis der Halbasiate zum Vorschein kommt. Rumänien fiel her über das geschwächte Bulgarien, um einen Anteil an der Beute des Balkankrieges zu erreichen. Rumänien fiel über die Mittelmächte her, als in Galizien und an der Somme den früheren Bundesgenossen das letzte Stündlein zu schlagen schien. Jetzt fällt Rumänien wieder über Deutschland her in einer Art und Weise, wie es in der bösesten Kriegszeit nicht schlimmer geschehen ist.

Wir haben einen Konflikt mit jenem Staat an der Grenze Asiens. Während der Besetzung durch das deutsche Heer sind durch die rumänische Staatsbank, die „Banca Generala" auf deutsche Veranlassung Noten ausgegeben worden, die wir jetzt einlösen sollen. Und zwar zum Nominalwert. Abgesehen von allem anderen haben wir nicht einmal eine Kontrolle darüber, in welchem Betrage diese Noten gefälscht sind. Denn auf Notenfälschungen versteht man sich im Südosten Europas ganz ausgezeichnet.

Daß wir im Rahmen des Versailler Vertrages zu dieser Zahlung verpflichtet seien, wagte nicht einmal der rumänische Finanzminister zu behaupten. Denn Rumänien ist ja eine der „alliierten und assoziierten Mächte", mit denen Deutschland den Vertrag eingegangen ist, einen Vertrag, der eben alle Forderungen dieser Mächte an Deutschland, mögen sie sein, welche sie wollen, zusammenfaßte. Wenn Deutschland Rumänien gegenüber sich zu dieser Sonderverpflichtung bekennen würde, dann wäre das nur die Einleitung zur Geltendmachung zahlreicher anderer ähnlicher Forderungen aller möglichen Mächte. Und außerdem ist dieser deutsche Standpunkt noch einmal anerkannt worden durch das Sachverständigengutachten, in dem der Artikel 11 ausdrücklich und eindeutig bestimmt, daß alle Verpflichtungen Deutschlands gegenüber jenen Mächten hinsichtlich der durch den Krieg verursachten Kosten aus den im Londoner Pakt festgesetzten Jahreszahlungen zu decken ist. Selbstverständlich ist dadurch also Deutschland von allen anderen Nebenverpflichtungen befreit.

Rumänien selbst fühlt das und hat versucht, mit Hilfe des Artikels 259 des Versailler Vertrages, der die Liquidierung des Bukarester Friedens ausspricht, diese Sonderforderung auf Einlösung der Banca-Generala-Noten geltend zu machen. Das hat aber die Reparationskommission als unbegründet abgelehnt. Nichtsdestoweniger, und obwohl der rumänische Finanzminister am 11. Februar noch selbst erklären mußte, der Dawes-Plan enthalte einen Satz, aus dem Deutschland seine Befreiung von allen Nebenverpflichtungen neben den Jahreszahlungen folgern könnte, stellt sich Rumänien jetzt auf den Standpunkt „und folgst du nicht willig, so brauch ich Gewalt."

Da aber in den politischen Beziehungen der Völker der Gegenwart Deutschland gegenüber diese Gewalt immer mit irgendwelchen rechtlichen Floskeln umhüllt wird, so will sich Rumänien uns gegenüber für seine Forderung, die im Dawes-Plan nicht die geringste Grundlage findet, auf den Artikel 18 des Londoner Schlußprotokolls stützen! Außerdem erklärt es doch selbst, daß es seine Forderung außerhalb des Vertrages von Versailles stellt. Die Gewalt ist also wirklich auch durch verschleiert, — man hat es ja Deutschland gegenüber, das man nicht mehr zu fürchten braucht, auch nicht allzu nötig.

Im Haushaltungsausschuß des Reichstages hat der Außenminister Dr. Stresemann die Darstellung des Konfliktes mit der ausdrücklichen Feststellung beschlossen, daß Rumänien daher gegen uns nur allgemein völkerrechtliche Repressalien ausübe, die mit dem Versailler Vertrag nicht das geringste zu tun haben und gegen die uns zu wehren daher dieser Vertrag auch nicht verbietet: daß wir also Rumänien gegenüber freie Hand haben. Nun kommt die Nachricht, daß Rumänien täglich Reichsdeutsche, die längere Zeit bereits in Rumänien ansässig sind und Rumäninnen geheiratet haben, in größerer Zahl rücksichtslos über die Grenze jagt ohne Ausweispapiere und ohne Geldmittel. Daß Rumänien ferner Verzeichnisse der deutschen Vermögenswerte anfertigen läßt, die beschlagnahmt werden sollen, falls die deutsche Antwort die Forderungen Rumäniens ablehnen würde. Angeblich soll sogar schon beschlossen sein, in diesem Falle Abbruch der diplomatischen Beziehungen sofort herbeizuführen. Hier wirkt nur das Recht des Stärkeren. Genau wie Litauen gegen Memel, Polen gegen Wilna, England gegen Ägypten usw. usw., was alles jetzt in den Zeiten der Völkerversöhnung so vor sich geht.

Der Hinweis des Reichsaußenministers ist deutlich genug: alles brauchen wir uns schließlich doch nicht gefallen zu lassen. Jagt man die Deutschen aus Rumänien hinaus, raubt ihnen ihr Hab und Gut, dann legen wir auch kein Gewicht darauf, Angehörige dieses halbasiatischen Staates bei uns als Kaufleute oder Studierende zu beherbergen. Wenn der Völkerbund nichts tut — und er hat noch nie etwas getan zum Schutze des Schwächeren gegen den Stärkeren, dann müssen wir uns eben der wenigen Waffen bedienen, die uns noch übriggeblieben sind.

Rumänien will Zollkrieg mit Deutschland.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Der Beschluß des Kabinetts, Deutschland den Zollkrieg zu erklären und die deutschen Waren mit dem Höchstzoll zu belegen, ist vom König gutgeheißen worden. Das Ministerium des Innern ist angewiesen worden, eine genaue Liste der in Rumänien befindlichen deutschen Unternehmungen und der dort ansässigen Vertretungen deutscher Kaufleute anzufertigen. Die Nachricht, daß der rumänische Gesandte in Berlin die Weisung bekommen haben soll, Berlin zu verlassen, wird dementiert, aber es steht fest, daß Weisungen sehr ernster Natur an die rumänische Gesandtschaft in Berlin ergangen sind, die mit dem eigentlichen wirtschaftlichen Streit in durchaus keinem Einklang stehen.

Keine Deutschenausweisungen aus Rumänien.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Berlin, 17. Februar. Wie die TU von zuständiger Seite erfährt, hat die Reichsregierung festgestellt, daß die aufsehenerregenden Enthüllungen eines Berliner Blattes über angebliche Deutschenausweisungen aus Rumänien nicht zutreffen.

Eine amerikanische Anleihe der Rentenbank?

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Neuyork, 18. Februar. Wie das Kommerze meldet, sucht die Rentenbank eine Übernahmeanleihe von 25 Millionen Dollar auf 10 Jahre zu 7 Prozent unterzubringen. Die Anleihe soll der Landwirtschaft zugute kommen. Nach anderen Meldungen soll es sich um 100 Millionen handeln, was hier jedoch wenig glaubhaft erscheint.

Die „Buckau" am Ziel.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes".

Berlin, 18. Februar. Der Lokalanzeiger meldet aus London: Dienstag nachmittag 3,20 Uhr ist das Flettner-Rotorschiff Buckau am Bestimmungsort eingetroffen. Es wird seine Holzladung in Liesh, dem Hafen von Edinburgh löschen und nachdem es den englischen interessierten Kreisen vorgeführt ist, voraussichtlich mit einer Kohlenladung nach Hamburg in See gehen.

Immer wieder französische Kriegsgerichtsurteile.

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes"

Paris, 18. Februar. Das Kriegsgericht des 20. Armeekorps in Nancy hat vier deutsche Offiziere in Abwesenheit verurteilt. Den Angeklagten wird zur Last gelegt, während des Krieges angeblich aus einem Schloß und aus der Wohnung eines abwesenden Abgeordneten Möbel und eine silberne Suppenschüssel (!) entwendet zu haben. Der Hauptangeklagte, General von Tettenborn, Kommandeur der 19. sächsischen Division ist bereits verstorben. General von Specht, ein Oberstabsarzt wurden zu 20 Jahren Zwangsarbeit und 3000 Franken Geldstrafe, Leutnant Heuvisser zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt.

Die neue Regierung in Preußen.

Berlin, 17. Februar.

Der vom Preußischen Landtag zum Ministerpräsidenten gewählte ehemalige Reichskanzler Marx hat dem Präsidenten des Preußischen Landtages, Bartels, persönlich mitgeteilt, daß er die Wahl zum preußischen Ministerpräsidenten annehme. Die schriftliche Mitteilung soll morgen erfolgen, wenn sämtliche Mitglieder des neuen preußischen Kabinetts in Berlin eingetroffen sind. Morgen wird Marx sein neues Kabinett dem Landtage vorstellen.

Man nimmt an, daß sich an die zu erwartende Regierungserklärung sofort eine allgemeine Aussprache anschließen wird, während die Frage der Vertrauens- oder Billigkeitserklärung erst später erledigt werden wird.

Die Ministerliste.

Das durch den Ministerpräsidenten Marx gebildete Kabinett setzt sich wie folgt zusammen:

Marx (Zentrum) Ministerpräsident,
Severing (Sozialdemokrat) Minister des Innern,
Dr. Höpker-Aschoff (Demokrat) Finanzminister,
Dr. Schreiber (Demokrat) Handelsminister,
Dr. Steiger (Zentrum) Landwirtschaftsminister,
Dr. Becker (Demokrat) Kultusminister,
Am Zehnhoff (Zentrum) Justizminister,
Hirtsiefer (Zentrum) Wohlfahrtsminister.

Aus dem früheren Kabinett Braun sind übernommen: die Minister Severing, Am Zehnhoff, Hirtsiefer, neu sind die Herren: Marx, Dr. Höpker, Dr. Schreiber, Dr. Steiger, Dr. Becker. Ihre Vorgänger waren Braun (Soz.), Dr. v. Richter (D. Vp.), Siering (Soz.), Wendorff (Dem.), Boelitz (D. Vp.). Die Minister Severing und Dr. Becker werden offiziell als Fachminister bezeichnet.

Wie sich nach der Regierungserklärung im Landtage die Parteien stellen werden, ist noch unklar. Von unterrichteter Seite wird gesagt, man rechne mit der Möglichkeit, daß die Rechtsparteien nur gegen die Minister Mißtrauensanträge einbrächten, die nicht dem Zentrum angehören. Sicheres ist nicht bekannt, ebensowenig, ob Marx ein klares Vertrauensvotum verlangen oder sich mit einer einstweiligen Billigung zufriedengeben wird.

Die Beisetzung der verunglückten Bergleute.

Gedächtnisfeier an den Gräbern.

Dortmund, 17. Februar.

Heute sind sämtliche staatlichen und kommunalen Gebäude des Kohlenreviers halbmast geflaggt. Als Vertreter des preußischen Staatsministeriums nehmen Handelsminister Siering und Wohlfahrtsminister Hirtsiefer an der Beisetzungsfeierlichkeit teil, Reichspräsident und Reichsregierung sind durch Staatssekretär Dr. Geib vertreten. Reichspräsident und Reichsregierung haben Kränze gesandt; Reichskanzler Dr. Luther läßt sich durch den Staatssekretär Dr. Kempner vertreten.

Schon in den frühen Morgenstunden kommen in Dortmund Abordnungen aus dem ganzen Ruhrgebiet an. Abordnungen der Werke, der Organisationen, der Knappen- und Arbeitervereine. Überall Fahnen auf Halbmast, hier und da mit wehendem Trauerflor. Auf dem Förderturm in Eving weht in trauriger Schwere die schwarze Zechenfahne. Girlanden aus Tannenreisig tragen über dem Eingang brennende Grubenlampen. In der neuen Waschkaue stehen in vier langen Reihen

fünfundneunzig Särge,

überschüttet mit Blumen und Kränzen. Väter liegen hier neben ihren Söhnen, Freunde neben Freunden, Kameraden neben Kameraden. An den Wänden hängen ihre Grubenlampen. Vier Särge lauten auf den Namen Becker, drei dieser Toten waren verheiratet. Außerdem ist der einzige unverheiratete Bruder dem Unglück zum Opfer gefallen. Einer der Rettungsleute, die die Totenwache halten, erzählt, daß zwei Söhne dieser Familie im Kriege gefallen sind, und

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF